

Hausprüfung aus Einführung in die Politikwissenschaft

Thomas Pfeiffer*

18. September 2000

Zusammenfassung

Da ich an einem Tutorium (bei PETER PIRKER) teilgenommen habe, beantworte ich eine Frage des **Fragenkomplexes 135** nicht.

Lehrveranstaltung: Einführung in die Politikwissenschaft
gehalten im Wintersemester 1999/2000

Vortragende: Eva Kreisky, Birgit Sauer

Autor: **Thomas Pfeiffer, 9325691, A301/A300**

*Mail: thomas.pfeiffer@maxonline.at

1 Schildern Sie die Bedingungen österreichischer Sicherheitspolitik

1.1 Definitionen und Vorbemerkungen

ANSELM SKUHRA definiert in [SA97, S. 740] Sicherheitspolitik folgendermaßen: „Unter „Sicherheitspolitik“ wird hier die Gesamtheit der Einrichtung und Maßnahmen verstanden, die sich gegen eine Existenzbedrohung des Staates, seiner Bevölkerung und ihrer zentralen Werte wie Friede, Verfassung und soziale Ordnung richten.“

Die österreichische Sicherheitspolitik änderte ihre prinzipiellen Ausrichtungen mehrmals. Grund hierfür waren (meist außenpolitische) veränderte Bedingungen, über die – in historischer Abfolge – hier ein kurzer Überblick gegeben werden soll. Ein abschließender Ausblick am Ende dieses Textes vermittelt zukünftige Entwicklungsperspektiven der österreichischen Sicherheitspolitik.

1.2 Die Neutralität

Während mit anderen Kriegsteilnehmerstaaten (Italien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland) sehr bald nach Kriegsende Friedensverträge abgeschlossen wurden, blieb Österreich (und Deutschland) in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Der Beginn des Kalten Krieges verzögerte weitere Staatsverhandlungen zur Erlangung der Souveränität. Im Februar 1954 – nach Stalins Tod – schlug die Sowjetunion schließlich eine symbolische Besetzung Österreichs vor. Dies wäre einem geteilten Österreich (ähnlich wie einem geteilten Deutschland) gleichgekommen.

Österreich entscheidet sich für die *immerwährende Neutralität*, die den Weg frei macht für den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955; der österreichische Nationalrat verabschiedet die Neutralitätserklärung am 26. Oktober 1955.

Verstand sich die Neutralität anfangs noch als „internationales Übereinkommen zur militärischen Neutralität eines Territoriums“ [SA97, S. 742f.], so formte sich daraus im Laufe der Jahre ein *integrales* Neutralitätsverständnis – man vermied nun auch potenzielle Abhängigkeiten auf nicht-militärischem Gebiet.

Der Golfkonflikt und das Zerbrechen des ehemaligen Jugoslawien brachten für die Neutralitätspolitik weitreichende Veränderungen. Hatte man früher noch die Nichteinmischung oder höchstens Friedensmissionen unter der Schutzherrschaft der UNO verfochten, so schließt man sich nun ohne nennenswertes Zögern international gewollten NATO-Einsätzen an. Auch die Teilnahme an gemeinsamen Truppenübungen mit der NATO und NATO-Beitrittskandidaten (PfP, Partnership for Peace) sind nun nicht nur denkmöglich geworden, sondern sogar Realität.

Ab dem 1. Jänner 1995 – mit dem Beitritt zur EU – und den für eine legale GASP-Teilnahme notwendigen Anpassungen des Neutralitätsgesetzes können auch Wirtschaftsbeziehungen im EU-Konsens eingeschränkt oder gar eingefroren werden. Der Schritt zu einer *differenziellen* Neutralität ist hiermit vollzogen (vgl. [KW97, S. 147f.]).

1.3 Zwischen den Blöcken

War die Neutralität genaugenommen schon ein Produkt des Kalten Krieges, so liegt Österreich geografisch betrachtet wirklich genau zwischen den Blöcken. Das Donautal stellt eine historische Transitroute zwischen Ost und West dar, ähnliches gilt für den Brenner in Nord-Süd-Richtung. Eine Verbindung zwischen der oberitalienischen und der pannonischen Tiefebene bieten die südlichen Bundesländer. ANSELM SKUHRA beschreibt dies trefflich ([SA97, S. 741]): „Auf österreichischem Gebiet überlagern sich die strategischen Räume Zentral- und Südosteuropas.“

Das neutrale Österreich lag genau an den Grenzen der beiden politischen Blöcke, die das Bild Europas in den Nachkriegsjahrzehnten prägten. Für den Warschauer Pakt stellte das Donautal ein strategisch wichtiges Aufzugsgebiet Richtung Süddeutschland dar – entsprechend war die österreichische Verteidigungspolitik auch auf zumindest ein Verzögern eines bewaffneten Durchmarsches ausgerichtet.

Aber auch für die NATO war – und ist – Österreich ein strategisch interessantes Land: Die Verbindung zwischen Deutschland und Italien über den Brenner ist wesentlich kürzer als der Umweg über die französischen Alpen.¹

Erst mit dem Fall der Berliner Mauer und der damit einhergehenden Auflösung des Warschauer Paktes änderte sich die Lage grundlegend.

1.4 Von der NATO umgeben

Schon bald nach dem Fall der Berliner Mauer suchen die ehemaligen Satellitenländer der UdSSR nach neuen Bündnispartnern. Diese werden alsbald in der NATO gefunden, was die politische Außenlage Österreichs drastisch verändert.

Österreich ist nun nicht mehr zwischen den Blöcken, sondern „Insel“ innerhalb eines Blocks – umgeben von Ländern, die (mit Ausnahme der Schweiz) der NATO bereits beigetreten sind oder in naher Zukunft beitreten wollen. Doch wieder ist es Österreichs geografische Lage, die das Land für fremde Bündnisssysteme interessant macht: Derzeit ist es für die NATO nicht möglich, das NATO-Land Ungarn auf dem Land- oder Luftweg zu erreichen, ohne dabei fremdes Territorium betreten zu müssen. Ein NATO-Betritt Österreichs kann daher nur im Interesse des westeuropäischen Verteidigungsbündnisses sein, auch wenn im Ernstfall anzunehmen ist, dass Österreich die entsprechenden Überflugs- und Durchzugsrechte gewährt (vgl. [SP98, S. 99]).

1.5 Weitere Faktoren

Das österreichische Bundesheer definiert sich selbst auch noch über andere Faktoren bzw. wird von diesen geprägt. Das Bundesministerium für Landesverteidigung führt in [AL] auch unter anderem folgende – zivile – Aufgaben an: Rettungs- und Assistenzeinsätze, hier vor allem die Bergung von Menschen und Gütern.

1.5.1 Stellenwert der militärischen Landesverteidigung

Das Ansehen des Militärs ist in der österreichischen Bevölkerung nicht besonders gefestigt.² Dies schlägt sich auch in den budgetären Zuwendungen zum Bundesheer nieder: Österreich hat die geringsten Militärausgaben der EU. Daraus resultiert natürlich eine mangelnde Ausstattung, die gemeinsam mit sinkenden Rekrutenzahlen³ zu mangelnder Wehrfähigkeit des Landes führen können.

1.5.2 Katastrophenhilfe

Das Ansehen des österreichischen Bundesheers steigert sich rasant, wenn es um den Einsatz nach Naturkatastrophen geht. Seien es Überschwemmungen (etwa im niederösterreichischen Traisental im

¹In der Tat gab und gibt es immer wieder innerösterreichische Diskussionen, ob NATO-Überflüge (etwa in Richtung Kosovo) mit der Neutralität vereinbar seien.

²Nicht umsonst sieht EDWIN MICEWSKI in [ME97, S. 39 und S. 62] eine Akzeptanzerhöhung des Militärs in der Bevölkerung durch die aktive Teilnahme von Frauen im Heer.

³Sinkende Rekrutenzahlen sind zurückzuführen auf Budgetmaßnahmen, auf geburtenschwache Jahrgänge und auf die „Konkurrenz“ durch den Zivildienst.

Sommer 1997) oder Lawinenabgänge (etwa in Galtür im Winter 1999) – das Bundesheer ist immer zur Stelle, um den betroffenen Menschen zu helfen.

War die ursprüngliche Aufgabe eines Heeres, das Land gegen (äußere) Feinde zu schützen, so tritt nun immer mehr eine zivile Komponente in den Vordergrund.

1.5.3 Grenzeinsatz

Österreichs Ostgrenzen werden – nicht zuletzt wegen *Schengen* – durch Gendamerie, Polizei und Militär ständig überwacht, um illegalen Einwanderern die Einreise zu erschweren und gegen das Schlepperunwesen anzukämpfen. Absolut unüblich im internationalen Vergleich ist der dauerhafte Grenzschutz durch das Bundesheer. Die ständige Präsenz militärischer Kräfte direkt an der Grenze hätte vor einigen Jahren sicher noch zu Verwirrung in den Nachbarstaaten geführt.

1.6 Zukunftsaussichten

Einige die Zukunft bringende Veränderungen sind jetzt schon abzusehen und sollen hier kurz beleuchtet werden (vgl. [NH98, S. 81]).

- **Beitritt zu einem europäischen Sicherheitsbündnis:** Ein NATO-Beitritt scheint in nächster Zeit – nicht zuletzt auch aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung – unwahrscheinlich. Durchaus vorstellbar ist aber, dass die EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch eine militärische Interventionsarmee realisiert. Österreich wäre hier wohl automatisch mitvertreten.
- **Neudefinition der Neutralität:** Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Neutralität bei Bedarf nicht mehr ganz so ernst genommen wird wie noch vor einigen Jahren. Eine Anpassung der Neutralität an die Vorgaben der oben erwähnten EU-Streitmacht wäre daher durchaus denkbar.
- **Schaffung eines Berufsheeres:** Mangelnde Rekrutenzahlen und der internationale Trend zu schlagkräftigen Kleinheeren lassen die Vermutung zu, dass ein solches Projekt – natürlich mit der für Österreich typischen Verspätung – auch hierzulande realisiert werden könnte.

WOLFGANG KRABATH sieht in [KW97, S. 157] mit dem EU-Beitritt „eine defakto vollzogene Aufgabe des Neutralitätskonzepts.“ Unter diesem Gesichtspunkt können die oben beschriebenen Szenarien als durchaus realistisch betrachtet werden.

2 Welche Abstraktionsebenen der Politikwissenschaft gibt es? Welche Funktion hat die Unterscheidung dieser Ebenen?

EVA KREISKY und BIRGIT SAUER nennen in [KE99, S. 26] insgesamt sechs Ebenen, die – in der Reihenfolge ihrer Nennung – aufeinander aufbauen.

2.1 Politik

Der Begriff der Politik ist schwer zu definieren. Die Brockhaus-Enzyklopädie sieht Politik „als die Gesamtheit der die öffentlichen Belange betreffenden institutionellen, prozessuralen und entscheidungsinhaltlichen Dimensionen des „Strebens nach Macht oder nach Beeinflussung der Machtverteilung“ (M. Weber).“ Kurz zusammengefasst: Politik versteht sich als „soziale und politische Realität als Prozess“ ([KE99, S. 26]).

2.2 Empirische Politikforschung

Etwas „empirisch festzustellen“ heißt, etwas „zu beobachten“; Empirie beschäftigt sich daher mit der Beobachtung von (politischen) Vorgängen. PETER ATTESLANDER definiert in [AP95]: „Empirische Sozialforschung ist die systematische Erfassung und Deutung sozialer Erscheinungen.“

Man unterscheidet zwischen *qualitativen* und *quantitativen* Methoden, zwischen *empirisch-analytischen* und *geisteswissenschaftlichen* Verfahren und zwischen *Induktion* und *Deduktion*.

Wichtig für die erfolgreiche Beobachtung sozialer Tatbestände sind weiters die Forschungstechniken der Erhebung (*Befragung*, *Beobachtung* und *Experiment*) und der Analyse (*quantitative und qualitative Inhaltsanalys*, *Fallstudie*, und *Sekundäranalyse*, um nur die wichtigsten zu nennen).

2.3 Theorien politikwissenschaftlicher Teilbereiche, Partialtheorien

Zu den politikwissenschaftlichen Teilbereichen zählen die *österreichische Regierungslehre*, die *vergleichende Politikwissenschaft* und die *internationale Politik*. Eine genaue Abgrenzung der Gebiete ist nicht immer möglich, da sie ineinander übergreifen.

Die *österreichische Regierungslehre* beschäftigt sich mit dem politischen System des eigenen Landes. Man unterscheidet zwischen einem engeren Begriff (direkte Befassung mit dem Regierungssystem) und einem weiteren Begriff (inhaltlich-prozessbezogen, über den staatlichen Bereich hinaus) der Regierungslehre.

Die *vergleichende Politikwissenschaft*⁴ ist sowohl eine Methode (diachroner Vergleich, synchroner Vergleich) als auch ein Teilgebiet der Politikwissenschaft. Letzteres fragt nach länderspezifischen Unterschieden zwischen Institutionen, Kulturen oder Politiken verschiedener Nationalstaaten. Vergleichende Politikwissenschaft soll gemäß JÜRGEN BELLERS und RÜDIGER KIPKE in [BJ96, S. 167] „Vergleichbares (oder Äquivalentes) und Unterschiedliches zweier oder mehrerer Sachverhalte herausarbeiten und daraus theoretische Erklärungen ableiten.“

Die Teildisziplin *internationale Beziehungen* beschäftigt sich mit zwischenstaatlichen Beziehungen auf politischer Ebene. Auf Basis von souveränen Nationalstaaten sind folgende Problembereiche zu diskutieren: Verhalten dieser Staaten, Bildung von Strukturen, Verteilung von (Macht-)Ressourcen, gegenseitige Interessensdurchsetzung und Konfliktaustragung. Die historische Entwicklung führte zu verschiedenen Ansätzen: *idealistischer Ansatz* (als Folge der Gründung des Völkerbundes nach

⁴Die vergleichende Politikwissenschaft wird oft auch als *Komparatistik* bezeichnet.

dem Ersten Weltkrieg), *realistische Schule* (entstand im Kontext des Kalten Krieges), *Globalisierung/pluralistischer Ansatz* (Bildung internationaler Organisationen wie zB IWF, KSZE, EU, GATT), *kritische Theorie* (Entkolonialisierung in den sechziger Jahren), *Friedens- und Konfliktforschung* (Reaktion auf die Rüstungsspirale während des Kalten Krieges), *Geschlechteransatz* (geht von einer impliziten Geschlechtlichkeit der Nationalstaaten und deren Handlungen aus).

2.4 Ideengeschichte

Die Ideengeschichte untersucht die handlungsleitenden politischen Systems der Vergangenheit und der Gegenwart; sie fragt, wie Ideen auf das politische Handeln wirken. Man spricht von „Dogmengeschichte“, wenn explizit die historische Entwicklung eines Gedankensystems wissenschaftlich erforscht wird.

Ideengeschichte soll aber auch relativieren: Sie soll zeigen, dass aktuelle Paradigmen nicht der Weisheit letzter Schluss sind, dass die Zukunft neue, andere, bessere Ideen bringen kann.

Letztlich soll die Ideengeschichte auch helfen, „Modelle zur Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft bereitzustellen und (normative) Kriterien zur Beurteilung von Politik zu liefern. Was haben die Vorväter bereits durchdacht, und was können wir für die Gegenwart hierzu gebrauchen?“ ([BJ96, S. 212]).

2.5 Gesellschaftstheorie, (allgemeine) politische Theorie

Politische Theorie versucht laut [KE99, S. 45], „Politik als gesellschaftliches Phänomen zu analysieren und zu erklären.“ Ziel ist die Bestimmung gesellschaftlicher Zusammenhänge in Form von Theorien – allerdings gibt es kaum Einverständnis darüber, was als *politische* Theorie anzusehen ist.

2.6 Metatheorie

Die Metatheorie – oder eigentlich besser: die Wissenschaftstheorie – gehört laut HEINRICH ROMBACH in [RH99, S. 3] „notwendig zur Wissenschaft, da Wissenschaft nicht nur Wissen um Sachverhalte, sondern immer auch Wissen um das Entstehen des Wissens, um seine Bedingungen und Voraussetzungen, um die Ziele und Zusammenhänge, Querverbindungen und Grenzen enthält, kurz: die *Theorie* der Wissenschaft.“

Wissenschaftstheorie beschäftigt sich also mit den Bedingungen, unter denen Wissen entsteht. Als eines von vielen Beispielen sei KARL R. POPPER genannt, dessen *kritischen Rationalismus* er in [PK84, S. 60] selbst definiert:

„Die richtige Antwort auf meine Frage „Auf welche Weise haben wir Aussicht, Irrtümer zu erkennen und auszuschalten?“ scheint mir zu sein: „Durch Kritik an den Theorien und Vermutungen anderer und [...] durch Kritik an unseren eigenen Theorien und spekulativen Lösungsversuchen.“ [...] Diese Antwort fasst eine Einstellung zusammen, die man als einen „Kritischen Rationalismus“ beschreiben könnte.“

3 Stellen Sie hemmende Faktoren in der Entwicklung der Politikwissenschaft in Österreich dar. Gewichten Sie die Faktoren und begründen Sie Ihre Aussage.

Wissenschaftsfeindlichkeit und Antiintellektualität sind in Österreich normal. Stand nach dem Zweiten Weltkrieg das politische Establishment für mangelnden Forschungswillen – Forschung könnte ja Veränderung bedeuten! –, so liegt die Ursache nun eher in der allgemeinen Unwissenheit der Bevölkerung über die Wichtigkeit von Forschung einhergehend mit einer Ablehnung von „denen da oben“ begründet. Betrifft dies die gesamte österreichische Forschergemeinde noch im allgemeinen, so sind auch einige, speziell für die Entwicklung der Politikwissenschaften verantwortliche Faktoren auszumachen.

3.1 Allgemeine, wissenschaftshemmende Faktoren

3.1.1 Die Flucht der Wissenschaftler

Zwar hatten österreichische Wissenschaftler zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine international hohe Reputation, doch wurden sie in der Zwischenkriegszeit aus Österreich vertrieben. OTMAR HÖLL und THOMAS WENINGER schreiben dazu in [HO94]: „Der dadurch entstandene Verlust an intellektuellem Potential prägt bis heute die Situation der Sozialwissenschaften in Österreich.“ Dem ist nur hinzuzufügen, dass davon nicht nur die Sozialwissenschaften betroffen waren: Auch Physiker, Chemiker und Wissenschaftler vieler anderer Disziplinen verließen das Land, um meist in den USA oder Großbritannien eine neue wissenschaftliche Heimat zu finden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Bemühungen, diese Wissenschaftler wieder nach Österreich zu holen, waren meist halbherzig und nur von geringem Erfolg begleitet.

3.1.2 Unterausstattung der Wissenschaft

EVA KREISKY und BRIGIT SAUER sprechen in [KE99, S. 9] von einer „Abschottung durch anti-moderne „Westdistanz“ Österreichs“, bezeichnen diesen Vorgang als „bornierten Provinzialismus“. Darin begründet liegt wohl die mangelnde wirtschaftliche Unterstützung österreichischer Forschungseinrichtungen.⁵ Können technische Universitäten noch auf einen *sichtbaren* Output und auf eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft hinweisen, so ist dies bei den Sozialwissenschaften im allgemeinen und der Politikwissenschaft im speziellen nur eher schwer möglich. Entsprechend wird – mit vollster Zustimmung der Bevölkerung – die Zuteilung der universitären Budgets gestaltet.

3.2 Politikwissenschaftshemmende Faktoren

Sind die Politikwissenschaften schon von den im vorangegangenen Kapitel genannten Faktoren betroffen, so gibt es auch einige spezielle Bereiche, die direkt Einfluss nahmen und nehmen und die Entwicklung der Politikwissenschaften brems(t)en.

3.2.1 Das „Juristenmonopol“

Juristen hatten – als so genannte „Generalisten par excellence“ – eine jahrelange Dominanz im öffentlichen und im politischen Leben. Die Entstehung einer neuen wissenschaftlichen Disziplin „Politikwissenschaft“ wurde von vielen Juristen als das „Aufbrechen des Juristenmonopols im

⁵Geradezu legendär ist in diesem Zusammenhang die immer wieder auftauchende *Forschungsmilliarde*.

öffentlichen Dienst“ ([HO94]) gesehen. Entsprechend groß war der Widerstand gegen die Etablierung entsprechender Institute.

3.2.2 Destabilisierung der Werteordnung?

Jahrelang hatte die konservativen Werten verpflichtete ÖVP die Parlamentsmehrheit; zusätzlich spielt die Tatsache, dass Österreich nur seltene und kurze Perioden des Liberalismus und des (politischen) Pluralismus erlebt hatte, eine wichtige Rolle.

In der aufkeimenden Politikwissenschaft sah man nun aber linke, revolutionäre Ideen, gar ein aufrührerisches Element haftete ihr an. Die Gefahr einer Destabilisierung der Gesellschaft einhergehend mit dem Untergang der traditionellen Werte des Abendlandes ging von dieser neuen Forschungsrichtung aus.⁶ Erst der Wahlerfolg der SPÖ 1970 bzw. 1971 führte zu einer Öffnung der Universitäten und zu einer Liberalisierung des Klimas in Österreich.

3.3 Gewichtung

Es ist für mich schwer, die einzelnen hier genannten Faktoren zu gewichten, da sie alle miteinander verzahnt sind und nur schwer unabhängig voneinander betrachtet werden können. Trotzdem glaube ich, dass die Wissenschaftsflucht in der Zwischenkriegszeit ausschlaggebend für die weitere Geschichte der Wissenschaft in Österreich war. Schon in der Zwischenkriegszeit international anerkannte Forscher hätten dem nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich herrschenden Klima sicher gewichtig gegensteuern können.

Weitere Faktoren (siehe [KE99, S. 9]), wie zB internationale Abschottung, das Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit und einige andere, sind sicher auch bezeichnend für das Wissenschaftsklima in Österreich. Diese Faktoren sind jedoch größtenteils auf die vorher genannten Probleme zurückzuführen.

⁶Dass sowohl die Erwartungen der konservativen wie auch der progressiven Seite in die Politikwissenschaften überschätzt wurden, ist aus gegenwärtiger Sicht leicht zu erkennen.

Literatur

- [AL] *Die Aufgaben der Luftstreitkräfte*, <http://www.bmlv.gv.at/fldiv/einsteigen/aufgaben.html>, 29. Februar 2000
- [AP95] Atteslander, Peter: *Methoden der empirischen Sozialforschung*, Walter de Gruyter, Berlin, New York, 1995
- [BJ96] Bellers, Jürgen; Kipke, Rüdiger: *Einführung in die Politikwissenschaft*, R. Oldenburg Verlag, München, Wien, 1996
- [HO94] Höll, Otmar; Weninger, Thomas: *Zum Stand der Politikwissenschaft in Österreich*, in: SWS-Rundschau, Jg. 34, H. 3/1994, S. 261 – 272, wiedergegeben in [KE99]
- [KE99] Kreisky, Eva; Sauer, Birgit: *Einführung in die Politikwissenschaft*, Skriptum zur gleichnamigen Vorlesung, Wien 1999
- [KW97] Krabath, Wolfgang: *Das Ende des Ost-West-Konflikts und der Wandel der Außen- und Sicherheitspolitik der (vormals) neutralen Staaten Österreich, Schweden, Finnland und der Schweiz*, Diplomarbeit am Institut für Zeitgeschichte, Wien 1997
- [ME97] Micewski, Edwin: *Frauen und Streitkräfte*, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien 1997, wiedergegeben in [KE99]
- [NH98] Neuhold, Hanspeter: *Österreichische Sicherheitspolitik zwischen Alleingang und Integration*, in: Reiter, Erich (Hg.): *Informationen zur Sicherheitspolitik, Österreich und die NATO*, Militärwissenschaftliches Büro des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Nummer 4, Jänner 1998
- [PK84] Popper, Karl: *Auf der Suche nach einer besseren Welt. Vorträge und Aufsätze aus dreißig Jahren*, Verlag Piper, München 1984
- [RH99] Rombach, Heinrich: *Wissenschaft und Wissenschaftstheorie*, in: Gottschlich, Maximilian; Langenbacher, Wolfgang (Hg.): *Publizistik und Kommunikationswissenschaft – Ein Textbuch zur Einführung*, Verlag Wilhelm Braumüller, Wien 1999
- [SA97] Skuhra, Anselm: *Österreichische Sicherheitspolitik*, in Dachs, Herbert (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, Wien 1997, wiedergegeben in [KE99]
- [SP98] Schmidt, Peter: *Die atlantische Allianz und Österreich – Perspektiven des Beitritts*, in: Reiter, Erich (Hg.): *Informationen zur Sicherheitspolitik, Österreich und die NATO*, Militärwissenschaftliches Büro des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Nummer 4, Jänner 1998